

EUROPÄISCHE UNION

Außenmarktlicher Markt

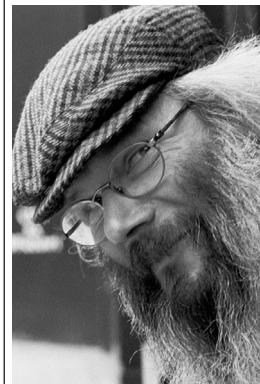
■ Peter Herrmann

Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss hat eine Studie zur Sozialwirtschaft in Europa vorgelegt. Fazit: Sozialwirtschaft ist »Markt plus«, Marktwirtschaft und Solidarität.

Es scheint, europäische Politik folgt manchmal dem Prinzip: So geht es nicht, also machen wir weiter so. Wieder und wieder finden sich Ansätze, Dokumente, Beschlüsse und Projekte, die viel versprechend sind; und immer wieder finden sich wichtige Kritikpunkte, Alternativvorschläge — und immer wieder fehlt es an dem politischen Willen, weiter zu gehen.

- Abgrenzung des Bereichs der Sozialwirtschaft als ein klar definierbares Konzept und möglichen unterschiedlichen Unternehmensformen
- entsprechende Bestimmung der Akteure und Rechtsformen, die diese Definition reflektiert
- Identifizierung der relevanten Politiken, Präsentation wichtiger Beispiele und Benennung des Beitrags der Sozialwirtschaft zur wirtschaftlichen Entwicklung und zum Aufbau von Europa.

Kurz gefasst lautet die Definition von Sozialwirtschaft am Anfang des dritten Kapitels: »Eine Gruppe von privaten, formal organisierten Unterneh-



Dr. Peter Herrmann ist Direktor des unabhängigen Forschungsinstituts European Social, Organisational and

Science Consultancy sowie Senior Research Fellow an der Universität in Cork und Gastdozent an der Fachhochschule Nordhausen. Schwerpunkt seiner Forschung sind soziale Dienste, Nichtregierungsorganisationen und europäische Sozialpolitik.

E-Mail herrmann@esosc.org

scher tabellarischer Form und ebenso qualitativ aufbereitet Informationen und Daten insbesondere zu Bereichen wie der Sozialwirtschaft als Teil der Gesamtwirtschaft und den unterschiedlichen Akteuren (nicht gewinnorientierte Organisationen, Gemeinwirtschaftsunternehmen, Dritte-Sektor-Organisationen).

Gefasst ist der Bereich der Sozialwirtschaft hier als Teil der Gesamtwirtschaft. Dabei wird unterschieden zwischen dem marktbezogenen Bereich der Sozialwirtschaft und einem nicht marktbezogenen Bereich. Dies erlaubt die Entwicklung einer Vergleichsperspektive, die wohl gerade für die EU-Institutionen von besonderer Bedeutung ist. So wichtig es in der Tat ist, dass die Unternehmen der Sozialwirtschaft keine normalen Wirtschaftsunternehmen sind, so sind sie doch »anders«. Und sie sind zugleich anders als viele andere Akteure des dritten Sektors. Das wird zusammengefasst mit dem Hinweis am Ende des vierten Kapitels, die Unternehmen der Sozialwirtschaft seien geprägt vom Gedanken der Reziprozität. Nicht einseitige Solidarität, sondern gegenseitiges Unternehmen steht im Mittelpunkt, wobei demokratische Entscheidungsfindung sowie die Priorität menschlicher Belange über dem Profitstreben als Werte wichtig sind. Die Sozialwirtschaft sehe Menschen in Not nicht nur als passive Nutznießer sozialer Mitmenschlichkeit, sie erhebe sie auch

»Unternehmen der Sozialwirtschaft sind geprägt vom Gedanken der Reziprozität: Es geht nicht nur um Hilfe, es geht um Solidarität«

Eine solche Aussage lässt sich wohl mit Blick auf den gesamten Bereich europäischer Sozialpolitik beziehen und als ein Teilbereich davon: auf die Sozialwirtschaft.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die neue Studie, die der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss, eine Beratungsinstitution der Europäischen Union, in Auftrag gegeben und vom Internationalen Forschungs- und Informationszentrum für öffentliche Wirtschaft, Sozialwirtschaft und Genossenschaftswesen (CIEREC) im Dezember 2006 vorgelegt wurde. Gefragt war nach einem Überblick über das Verständnis von Sozialwirtschaft, wenn diese vor dem Hintergrund europäischer Vielfalt betrachtet wird. Angegeben werden zu Beginn des ersten Kapitels drei Schritte:

men mit unabhängiger Entscheidung und freier Mitgliedschaft, aufgebaut mit dem Ziel, den Mitgliederinteressen zu dienen. Dies erfolgt durch Produktion von Gütern und Diensten, Versicherung und Finanzleistungen. Dabei ist die Entscheidungsmacht und jegliche Verteilung von Profiten und Überschüssen zwischen Mitgliedern nicht direkt an ihre jeweiligen Beiträge gebunden — jeder hat eine Stimme.«

Die Untersuchung geht nicht zuletzt auf Befragung von Experten in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union zurück. Sowohl analytisch als auch politisch gibt es hier kaum Unterschiede; wie so oft aber: Der Teufel steckt im Detail.

Um die Unterschiede in den einzelnen Mitgliedsstaaten herauszuarbeiten, liefert die Studie in systemati-

in den Status von aktiven Protagonisten ihres eigenen Schicksals.

Damit ist eine Vorgabe gegeben, die die Unterschiede deutlich macht. Und diese werden vor allem mit Blick auf den Stellenwert gesehen, der diesem Konzept gesellschaftlich eingeraumt wird. Deutschland liegt nach den Aussagen der Studie am Unterfeld. Als solches ist diese Tatsache für die allgemeine Diskussion nicht so interessant; wichtiger ist der Hinweis, dass die Idee der Gemeinwirtschaft (General Interest Economy) eine tief verwurzelte Anerkennung in Ländern wie Deutschland und Österreich findet (Kapitel 5.1.).

Dies macht deutlich, worum es eigentlich geht: »außermarktliche Marktmechanismen« zu verorten — eine bewusst gewählte quere Ausdrucksweise, aber es geht in der Tat darum, dass letztlich die Grundsätze des Marktes auch im Sozialbereich eingeführt oder aufrechterhalten werden sollen. Zugleich soll aber der »Rahmen« weiter gesteckt werden soll. Es ist dies die Ambiguität der Organisationen der Sozialwirtschaft. Sollen sie sich einerseits auf dem Markt bewegen und bewahren, so wollen sie andererseits eben doch auch außerhalb des Marktes stehen. Ob dies überhaupt möglich ist, wird zwar in der Studie auftragsentsprechend nicht gefragt, wird aber doch den Politikern als Handlungsbedarf aufgedrängt.

Es ist auffällig, dass sich innerhalb der einzelnen Länder der Europäischen Union große Widersprüche finden. So wird teils von einer geringen Wahrnehmung der Sozialwirtschaft berichtet, andererseits aber wird zugleich auch in den gleichen Ländern gesagt, dass dort eine strikte rechtliche Regelung zu finden ist. Dabei ist nicht zuletzt wohl ausschlaggebend, dass die historische Perspektive eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt. So ist für Deutschland festzustellen, dass die Sozialwirtschaft historisch durchaus eine bedeutende Rolle gespielt hat, nunmehr aber von der Orientierung auf die Gemeinwirtschaft verdrängt sei.

Freilich ist eine solche Feststellung problematisch. Letztlich bezeichnen all die Begriffe doch etwas unterschiedliches. Die Idee der »Gemeinwirtschaft« ist eben nicht gleich der »General Interest Economy«. Letztere wäre schlicht eine Frage in Verbindung mit dem, was im Rahmen der

Diskussion um »Soziale Dienste des Allgemeininteresses« behandelt wird. Dies bedeutete aber in Deutschland bis in die jüngste Vergangenheit hinein sich letztlich mit den Diensten der Daseinsvorsorge zu befassen. Und da bildet die Sozialwirtschaft allenfalls einen nur begrenzten Bereich.

Damit aber ist wohl eines der wichtigsten Ergebnisse, dass noch viel auf dem Wege des Zusammentragens zu tun bleibt, mehr aber noch mit Blick auf die Begriffsentwicklung und das Erarbeiten einer klaren Methodologie für Vergleichsforschung.

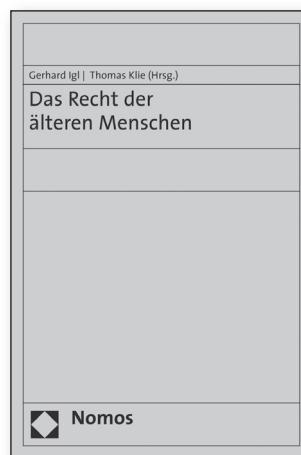
Schlussfolgerungen

Deutlich wird bei der Studie, dass trotz des großen Einflusses, den bei solchen Forschungsarbeiten die beauftragenden Institutionen nehmen, doch offensichtlich wird, dass einen entscheidenden Einfluss ausübt, wer letztlich die Untersuchung durchführt. So oft dies negativ ausfällt, wenn beispielsweise solche Fragen von Marktforschungs-Unternehmen untersucht werden, so ist im vorliegenden Fall umgekehrt die geballte Erfahrung und ein valides Netzwerk von größter Bedeutung, um gerade gelebtes und nicht nur formales Wissen zusammenzutragen zu können.

Am Schluss bleibt wohl nur festzustellen: Ein Großteil guter Vorschläge — auch für den Alltag der Sozialwirtschaft — scheitert wohl wieder daran, dass letztlich keine praktischen Konsequenzen gezogen werden, da auch tatsächlich keine EU-Kompetenzen für diesen Bereich existieren. Allerdings kann vielfach sicherlich gesagt werden, dass »gute Vorschläge« wohl nur deshalb auf den Tisch gelegt werden, weil ein Großteil der Akteure genau weiß, dass es ohne große Konsequenzen bleiben wird. Dies ändert nichts an der Qualität des Berichtes, sollte aber wohl den Politikern zu denken geben, die solche Arbeiten in Auftrag geben. ◆

Die 122-seitige Studie »The social economy in the European Union« liegt in englischer Sprache vor und kann als Textdokument bei der Redaktion von SOZIALwirtschaft kostenlos bestellt werden (E-Mail pfnendoerfer@nomos.de).

Das neue Standardwerk



Das Recht der älteren Menschen

Herausgegeben von Prof. Dr. Gerhard Igl, Universität Kiel und Prof. Dr. Thomas Klie, Ev. Fachhochschule Freiburg

2007, 265 S., brosch., 34,- €,
ISBN 978-3-8329-2239-9

Die Zahl älterer Menschen wächst in Deutschland und überall in Europa. Das vorliegende Buch macht deutlich, wie sich der demografische Wandel auf das Recht auswirkt. Namhafte juristische Autoren zeigen die vielfältigen Fragestellungen auf, die ältere Menschen betreffen und die Rechtswissenschaft herausfordern.

Das Werk richtet sich vor allem an Rechtsanwälte, Beratungsinstitutionen im Sozial- und Gesundheitswesen, Verbraucherschutzverbände sowie Einrichtungen und Dienste für ältere Menschen.



Nomos

Bitte bestellen Sie bei Ihrer Buchhandlung
oder bei Nomos 07221/2104-37 43
www.nomos.de | sabine.horn@nomos.de